



PRESSEMELDUNGEN

GEMEINDEFINANZEN

Privatisierung kein Mittel gegen die kommunale Finanzkrise

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat vor dem Irrglauben gewarnt, der kommunalen Finanzkrise könne mit Privatisierungen begegnet werden. Die Kommunen stehen „vor der Pleite“, weil Bund und Länder ihnen über Jahre immer neue gesetzliche Verpflichtungen – insbesondere Sozillasten – aufgebürdet haben, ohne für einen finanziellen Ausgleich zu sorgen. Das ändern wir nur durch Reformen, dazu gehören auch Reformen des sozialen Sicherungssystems, und eine andere Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

Auch jedem Einzelnen wird mehr abverlangt werden müssen, damit wir aus dem Schuldensumpf herauskommen.

Privatisierungen der Kommunen helfen hier nicht. Zum einen wird das Signal „Privat vor Staat“ von den Bürgern nicht akzeptiert, weil sie größeren Strukturen misstrauen und gerade im Örtlichen einen wichtigen Stabilitätsfaktor sehen. Das ist auch gerechtfertigt. Es sind gerade die kommunalwirtschaftlichen Strukturen mit einem Umsatzerlös von 92 Mrd. Euro (2008) und über 240.000 Beschäftigten, die vor Ort die Wirtschaft wesentlich gestützt haben. Auch die überdurchschnittlich hohe Ausbildungsquote von rund 10.000 Auszubildenden im Jahr 2010 ist ein gutes Beispiel, wie die Kommunen mit ihren wirtschaftlichen Aktivitäten jungen Menschen eine Chance eröffnen. Wichtige Zukunftsfragen, wie z. B. Elektromobilität, der Ausbau alternativer Energien und die Breitbanderschließung im ländlichen Raum werden ohne wirtschaftliches Engagement der Städte und Gemeinden kaum möglich sein. Mit einer flächendeckenden Privatisierung würden die Kommunen hier ein wichtiges Steuerungselement verlieren und könnten die wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend wahrnehmen.

© DStGB, Berlin, 25.05.2010

© **Deutscher Städte- und Gemeindebund e.V.**

